



W  
28  
(9127)

DOCUMENTO DE TRABAJO

9127

Gewerkschaftliche Aktion und sozialistische  
Politik in Spanien.

Antonio López-Pina

Gewerkschaftliche Aktion und sozialistische Politik in Spanien

Antonio López-Pina

Gustav-Heinemann-Akademie der FES/  
Freudenberg

Oktober 1991

1. Historischer Überblick
2. Der Streit in der "sozialistischen Familie":  
mangelndes Sozialgefühl der Regierung versus  
Politisierung der Gewerkschaften
3. Gewerkschaften, Staat und Gesellschaft.  
Auf dem Wege zu einem funktionsbestimmten  
Verhältnis zwischen Parteien und  
Gewerkschaften

1. Historischer Überblick

- |             |   |
|-------------|---|
| 1975 (Nov.) | Tod von General Franco  |
| 1976        | Investitur der 1. Regierung Suárez  |
| 1977 (Juni) | Allgemeine Wahlen zum verfassungsgebenden<br>Parlament  |
| (Okt.)      | Pactos de la Moncloa (Verträge der Moncloa)<br>zwischen Regierung und politischen<br>Parteien mit parlamentarischer<br>Repräsentation                   |
| 1978 (Dez.) | Inkrafttreten der Verfassung  |
| 1979 (März) | Allgemeine Wahlen zum Parlament<br>Bildung der 2. Regierung Suárez<br>Acuerdo Básico Interconfederal<br>(Bundes-Grundabkommen) zwischen<br>CEOE und UGT |
| 1980        | Gesetz über das Arbeiterstatut<br>Acuerdo Marco Interconfederal   |

- (Bundes-Rahmenabkommen) zwischen  
Regierung, CEOE und UGT
- 1981 (Feb.) Präsident Suárez dankt ab  
Putschversuch  
Bildung der Regierung Calvo Sotelo  
Acuerdo Nacional del Empleo  
(Nationales Abkommen über Arbeitsplätze)  
zwischen Regierung, CEOE und  
Gewerkschaften (UGT; CC.OO.)
- 1982 (Okt.) Allgemeine Wahlen  
(Dez.) Bildung der 1. Regierung González
- 1983 Acuerdo Interconfederal  
(Bundesabkommen) zwischen  
Regierung, CEOE und Gewerkschaften
- 1984 (-1986) Acuerdo Económico y Social  
(Wirtschafts- und Sozial-Abkommen)
- 1985 Bildung der 2. Regierung González
- 1986 (Juni) Allgemeine Wahlen zum Parlament  
Bildung der 3. Regierung González  
(Herbst) Betriebsrats-Wahlen  
(Okt.) Konflikt zwischen UGT und der PSOE-  
Regierung bezüglich des Gesetzes  
zur Herabsetzung der Pensionen.  
Redondo und Saracibar  
(Generalsekretär und Sekretär für  
Organisationswesen der UGT) geben  
ihr parlamentarisches Mandat als  
sozialistische Abgeordnete ab
- 1988 CC.OO Kongress. Antonio Gutiérrez  
ersetzt Marcelino Camacho als  
Generalsekretär  
(Februar) Treffen zwischen Redondo (UGT) und  
Gutiérrez (CC.OO.)  
(Juli) Bildung der 4. Regierung González  
Der ehemalige Generalsekretär der  
UGT-Metall und die Generalsekretärin  
der UGT-Chemische Industrie  
(beide in der Opposition zur  
UGT-Führung) werden Minister für das  
Innere und für soziale Fragen  
(Okt.) Die Regierung kündigt den Plan de

- Empleo Juvenil an  
(Plan zur Beschaffung von Arbeitsplätzen für Jugendliche)
- (Nov.) Das Arbeitsministerium betrachtet die soziale Konzertation als beendet  
UGT und CC.OO. rufen zu einer Arbeitsniederlegung für den 14. Dezember auf
- (14. Dez.) Allgemeine Arbeitsniederlegung in ganz Spanien
- (15. Dez.) Erklärung des Regierungspräsidenten
- 1989 (Januar) Verhandlungen zwischen Regierung und Gewerkschaften über die gewerkschaftlichen Forderungen:
- a) Zurücknahme des Regierungsplans zur Beschaffung von Arbeitsplätzen für Jugendliche
- b) Zahlung von Inflations-Ausgleich ("Sozial-Schulden") an alle Arbeitnehmer
- c) Ausdehnung der Arbeitslosenunterstützung auf 48% der Arbeitslosen
- d) Anhebung der niedrigsten Renten auf die Höhe des Mindestlohns
- e) gesetzliche Anerkennung des Rechtes auf Tarifverhandlung von Staatsbeamten
- (März) Comité Federal del PSOE  
Scheitern der Verhandlungen und Erlass der königlichen Verordnung über zusätzliche soziale Massnahmen
- (5. Okt.) UGT und CC.OO. kündigen die Propuesta Sindical Prioritaria (PSP) an  
(Aufstellung von 20 Forderungen: Schaffung von Arbeitsplätzen, Besserung des sozialen Schutzes, Steuerreform zugunsten der Arbeitnehmer, Mitspracherecht der Arbeiter und Gewerkschaften in den Firmen und im Staat
- (Okt.) Allgemeine Wahlen
- 1990 (April) XXXV. Kongress der UGT  
(10. Mai) Eröffnung der Verhandlungen

zwischen Regierung und Gewerkschaften über den 2. Teil der PSP: Beschaffung von Arbeitsplätzen, Steuerreform, Gesundheitsgarantien am Arbeitsplatz, Gründung eines Wirtschafts- und Sozialrates. Die Regierung fordert die Zustimmung der Gewerkschaften zu einem globalen Sozialpakt zur Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der spanischen Wirtschaft oder "Pakt des Fortschritts" mit Blick auf Januar 1993

(Juni) Abkommen zwischen Regierung und Gewerkschaften über den 1. Teil der PSP Scheitern der Verhandlungen über den 2. Teil der PSP

(Herbst) XXXII. Kongress der PSOE

- 1991 (April) Bildung der 5. Regierung González  
(22. April) Vizepräsident Serra wird beauftragt, den Pakt zur Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der spanischen Wirtschaft auszuarbeiten
- (1. Mai) Die Gewerkschaftsführer kündigen an, dass die Gewerkschaften eine Begrenzung der Lohnerhöhungen als Voraussetzung seitens der Regierung für ein Abkommen über den sog. "Pakt des Fortschritts" ablehnen
- (15. Mai) Wirtschaftsminister Solchaga kündigt einen Gesetzentwurf über den Pakt zur Konkurrenzfähigkeit der spanischen Wirtschaft an, der im Juni im Parlament verabschiedet wird.
- (12. Juni) Die Regierung übergibt den Cortes die Vorlage dieses Paktes für 1992-94
- (17. Juni) Durch ein Gesetz (21/1991) wird innerhalb des Arbeitsministeriums ein Wirtschafts- und Sozialrat geschaffen als ständige institutionelle Plattform für Debatte und Beratung zwischen den Sozialpartnern und der Regierung. Dieser Rat hat in sozioökonomischen Fragen beratende Funktion bei der

## Verordnungsgewalt der Regierung

- (3. Juli) Die Parlaments-Opposition (Partido Popular; Izquierda Unida) weigert sich, den "Pakt des Fortschritts" für drei Jahre zu unterstützen, da eine solche Zustimmung der Regierung 1993 einen Wahl-Vorteil einbringen würde
- (9. Juli) Eröffnung der Verhandlungen zwischen Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgeberverband über den "Pakt des Fortschritts"
- (17. Juli) Die Gewerkschaften brechen die Verhandlungen ab
- (1. Sept.) Die Regierung kündigt die Klassifizierung der Firmen, die im staatlichen Holding zusammengefasst sind (INI) in "rentabel" und "nicht-rentabel" an, sowie eine einschneidende Verminderung der Belegschaften von HUNOSA, ENSIDESA und ALTOS HORNOS DE VIZCAYA
- (5. Sept.) Die Gewerkschaften lehnen das Projekt der Neuordnung des INI ab
- (12. Sept.) Bundes-Kongress der CC.OO. Beschluss über die Gewerkschafts-Einheit
- (19. Sept.) Der Wirtschaftsminister Solchaga erhält die parlamentarische Unterstützung der Opposition (ausser von Izquierda Unida) für eine Reihe von Massnahmen: Liberalisierung der Kontrolle bei Kapitalbewegungen, Flexibilität des Arbeitmarktes, Markt-Reform und Förderung der Konkurrenzfähigkeit der spanischen Wirtschaft
- (30. Sept.) Die Regierung legt dem Kongress

den Haushaltsplan vor

(20. Oktober) UGT und CC.OO. stellen in den Medien ihre Gewerkschafts-Initiative des Fortschritts (ISP) als Alternative zum Fortschritts-Pakt der Regierung vor. Diese schliesst folgende Punkte ein:

- Massnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse, mit besonderer Berücksichtigung der eigenen gewerkschaftlichen Kontrolle im Streikfall.
- Ausgewogenere und gerechtere Verteilung des Nationaleinkommens
- Verbesserung der Lebensqualität im Gesundheits-, Wohnungs- und Bildungswesen
- Vorschläge zur Industrialisierungs-Politik
- Wirtschaftliche und soziale Homogenisierung in der Europa-Politik

(23. Oktober) Generalstreik in Asturien als Protest gegen die Schliessung der Bergwerke und den Mangel einer ausgleichenden Industrialisierungs-Politik. Unterstützung des Streiks durch alle politischen Kräfte ausser PSOE und PP

\*

## 2. Der Streit in der "sozialistischen Familie": mangelndes Sozialgefühl der Regierung und Politisierung der Gewerkschaften

Felipe González wird häufig der Vorwurf gemacht, dass seine Politik für den kurzen Zeitraum eines parlamentarischen Mandats kein Sozialgefühl aufweist. Aber wenn man bedenkt, dass die SPD z.B. im Jahre 1973 ein Langzeitprogramm als politisches Projekt aufgestellt hat, um mittelfristig die ökonomischen Machtverhältnisse umzukehren, so kann man nicht umhin, González nicht nur den Entwurf, sondern auch den Willen zur Durchführung eines ähnlichen Projektes zuzugestehen: er möchte Spanien mittelfristig in die Gruppe der wirtschaftlich und in sozialer Hinsicht führenden Länder der Europäischen Gemeinschaft einreihen. Der Mangel an Übereinstimmung, der sich seit 1986 zwischen Regierung und Gewerkschaften bemerkbar macht, hat mehr mit kurzfristigen Entscheidungen zu tun: die Regierung setzt auf Wachstum und Arbeitsplatzbeschaffung ohne Rücksicht auf die unmittelbaren und schwerwiegenden sozialen Kosten, die damit verbunden sind; und die an sich schon recht geschwächten Gewerkschaften sind nicht bereit, lediglich einem Status quo zur Stabilisierung zu verhelfen, der dazu führen muss, dass den Arbeitern als Gegenleistung für ungewisse Zukunftsversprechungen spürbare Einschränkungen auferlegt werden und der Regierung ein Gewinn an Legitimität geschenkt wird.

Ohne Zweifel können die fünf Regierungen unter González auf makroökonomischen Gebiet nicht eben unbedeutende Erfolge für sich verbuchen:

- das Wachstum des Nationalprodukts, seit 1986 jährlich um 5%
- bedeutende Zunahme der Investitionen
- die Kontrolle der Inflation, die von 15'5% im Jahre 1980 auf 6% im Jahre 1990 zurückging -- wodurch der Unterschied zur Inflationsrate der Europäischen Gemeinschaft verringert wurde
- die Herabsetzung des öffentlichen Defizits von 6% auf 3%
- die Verbesserung der Zahlungsbilanz
- die Schaffung neuer Arbeitsplätze, wobei es sich allerdings hauptsächlich um Zeitverträge handelt. Zwischen 1985 und 1987 wurden 800.000 neue Arbeitsplätze geschaffen; bis 1991 sollen es anderthalb Millionen sein



- das Anheben des realen mittleren Lohnniveaus der Arbeitnehmer

Diesen Errungenschaften steht die Kritik gegenüber, dass das Wachstumsmodell, unter dessen Zeichen die Wirtschaftspolitik seit 1982 steht, in unverhältnismässig starkem Masse die Spekulation belohnt und das soziale und territoriale Ungleichgewicht vergrössert. Unerwünschte Folgeerscheinungen sind z.B.

- die energetische, technologische, industrielle und finanzielle Abhängigkeit

- die ungenügende Fähigkeit zur ausreichenden Beschaffung von Arbeitsplätzen

- der starke Spekulationsprozess

- die häufige Übertragung von Finanzierungsmitteln des öffentlichen Sektors auf den privaten und die steuerliche Benachteiligung der Arbeitnehmer zugunsten des privaten Unternehmens

- die Vernachlässigung der strukturellen Probleme der spanischen Wirtschaft, wie z.B. das Fehlen einer Politik der Industrialisierung.

Diese Vorwürfe, die die Gewerkschaft der Regierung macht, sind zweifellos schwerwiegend. Aber auch die Kritik der Regierung an der Politisierung der Gewerkschaftsaktion entbehrt nicht einer gewissen Grundlage: man erkennt zwar an, dass sich Redondo als Sozialist und im Dienste einer Verbesserung der Arbeitersituation dafür einsetzt, dass die Parteiführung des PSOE die Ideen und Werte der Linken wiedergewinnt. Aber sein Bekenntnis zur Gewerkschaft und sein persönlicher Widerstand, sich in einen politischen Führer zu verwandeln, genügen nicht, die unpolitische Natur seiner Handlungen glaubhaft zu machen. Es ist offensichtlich, dass die Gewerkschaften seit 1987 zusammen mit den Medien nach und nach das politische Vakuum, das die parlamentarische Opposition hinterlassen hatte, ausfüllten und dass die Gewerkschaften den Generalstreik 1988 mit der Absicht organisierten, das politische Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiter zu ändern und künftig bei den Entscheidungen über Wirtschaftspolitik mitzuwirken.

Man könnte sagen, dass eine unglückliche gegenseitige "Entlegitimierung" stattgefunden hat: die Regierung hat versucht die Gewerkschaften zu disqualifizieren, indem sie sie als nicht repräsentativ, als Beute des Korporatismus, Relikt der Vergangenheit, Hindernis für den freien Markt, das Wachstum und den Fortschritt und als einem im institu-

tionellen und sozialen Beziehungsgeflecht völlig überflüssigen Ballast dargestellt hat. Die Gewerkschaften haben politisch auf diese Angriffe geantwortet, indem sie darauf verwiesen, dass eine Regierungspolitik, die die Marktwirtschaft ohne gewerkschaftliche Mitwirkung verherrlichte, mit den Interessen der grossen Finanzgruppen gleichzusetzen und also unsozial ist.

Nehmen wir einmal an, dass sowohl die Regierung als auch die Gewerkschaften möglichst viele Arbeitsplätze beschaffen, die Arbeitslosen zufriedenstellend unterstützen und das Angebot an Dienstleistungen schnell erweitern wollten. Dies alles auf einmal in die Tat umzusetzen, war natürlich unmöglich. Wenn wir uns zunächst die Prioritäten der Regierung anschauen, so müssen wir folgendes feststellen: die Regierung handelte aus der Überzeugung heraus, dass der einzige Weg, die aufgeführten Ziele zu erreichen, darin bestand, die Expansion der Privatunternehmer zu unterstützen, was zu Überschüssen führen und die Steuereinnahmen erhöhen würde. Da das wirtschaftliche Wachstum des privaten Sektors von der Kontrolle der Inflation abhängt, und diese wiederum im Zusammenhang mit gemässigten Löhnen und der Reduktion des öffentlichen Defizits steht, wurde diesen beiden Faktoren Priorität in der Wirtschaftspolitik eingeräumt; auch der geringste Anflug einer sozialkompensatorischen Politik musste diesen heiligen Kühen geopfert werden. Mit seinem "Plan zur Arbeitsbeschaffung für Jugendliche" (PEJ) versuchte die Regierung, die gesetzlichen Erfordernisse für eine Erst-Einstellung auf ein Minimum zu beschränken. Diese Verträge sahen für Jugendliche zwischen 18 und 25 Jahren eine auf 18 Monate begrenzte Erst-Einstellung vor. Die Jugendlichen sollten in dieser Zeit ohne Rücksicht auf ihre Ausbildung zu dem gesetzlich festgelegten Mindestlohn arbeiten und waren von der Tarifautonomie der Gewerkschaften ausgeschlossen. Die Regierung wollte den dem Unternehmer zukommenden Anteil der Sozialversicherung übernehmen, um bei den Unternehmern den Anreiz, zu billigen Arbeitskräften zu kommen zu verstärken. Man ersieht daraus, dass der Handlungsspielraum, über den die Regierung zu verfügen meinte, äusserst eng begrenzt war (Segura).

Die Gewerkschaften dagegen gingen davon aus, dass es möglich ist, neue Arbeitsplätze zu schaffen, indem man den Gewinn der Unternehmen verringert, die Stabilität der Arbeitsverträge und ihren gewerkschaftlichen Schutz gesetzmässig garantiert, das öffentliche Defizit bedeutend erhöht und die Ausgaben der öffentlichen Hand neu verteilt. Dagegen ist einzuwenden, dass alle diese Forderungen das makroökonomische Gleichgewicht gefährden würden. Abgesehen da-

von tendieren die Gewerkschaften in Spanien im allgemeinen dazu, sich in der Praxis auf Lohnerhöhungen und Arbeitslosenunterstützung zu konzentrieren und weniger über Möglichkeiten zur Arbeitsplatzbeschaffung nachzudenken. Ihren Forderungen hängt daher immer ein gewisser Hauch von "Korporatismus" an.

Wenn es stimmt, dass bei einer Wachstumsrate unter 3% bis 3.5% keine Möglichkeit besteht, neue Arbeitsplätze einzurichten und hierfür wiederum die Kontrolle von Inflation, öffentlichem Defizit und Handelsbilanz die Voraussetzung ist, muss man die Rechtfertigung der Regierung für ihre Politik in gewissem Grade gutheissen.

Da allerdings die Arbeitslosenzahl in Spanien unter jeder auch noch so vernünftigen Politik auch weiterhin hoch bleiben wird (15'5% im Moment), kommt den umverteilenden und schützenden Aufgaben des Staates eine wesentliche Bedeutung zu. Wenn das öffentliche Defizit in wenigen Jahren von mehr als 6% auf weniger als 3% des Nationalprodukts gefallen ist, scheint es angebracht, politisch eher daran zu denken, es unter Kontrolle zu halten, als es auf Null% zu reduzieren. Was den sozialen Schutz angeht, so lassen sich keinerlei einschneidende Massnahmen gegen das vielfältige Auftauchen von Armuterscheinungen verzeichnen. Dagegen ist die beträchtliche Höhe des Wehretats weder vernünftig noch erklärbar. Der Widerstand der Regierung gegen Tarifverhandlungen mit den Beamten ist verständlich; aber warum müssen alle in der Lohnpolitik gesteckten Ziele unbedingt eingehalten werden, wenn die veranschlagte Inflationsrate überschritten wurde? Schliesslich ist auch nicht zu verstehen, warum die Regierung um jeden Preis einen öffentlichen Sektor mit redistributiven Funktionen abschaffen will, obwohl sie ja nicht ausschliessen kann, dass eines Tages eine konservative Regierung in Spanien an die Macht kommt (Segura).

Obwohl der Regierung also offensichtlich alternative Lösungen für ihre Wirtschaftspolitik offengestanden hätten und obwohl die Umsetzung ihrer Politik angreifbar ist, bleibt der Generalstreik doch eine unverhältnismässig starke Reaktion seitens der Gewerkschaften, die sich nicht allein durch den "Plan zur Arbeitsbeschaffung für Jugendliche" erklären lässt. Der Streik wurde vielmehr dadurch ausgelöst, dass dieser Plan das soziale Unbehagen gegenüber dem Regierungsstil zutiefst aufwühlte -- man sprach von Arroganz oder sogar Despotismus seitens der Regierung. Snobismus und Neid als unmittelbare Folgen der Gewinnsucht, die durch die Regierungspolitik gestärkt worden war, wendeten sich nun

gegen die Regierung selbst, als die allgemeine Unzufriedenheit von 8 Millionen Bürgern durch die Mobilisierungskraft der Gewerkschaften in die Bahnen eines Streiks gelenkt wurde. Gründe gab es genug: die arrogante private Vereinnahmung öffentlicher Ämter durch Genossen des PSOE, die Weigerung der sozialistischen Politiker irgendeine andere Art der Beteiligung der Bürger als die des Stimmzettels anzuerkennen, die schwindelerregende Änderung des Lebensstils und die ostentativen Konsumgewohnheiten bei einigen Persönlichkeiten, die der normale Bürger mit der Sozialistischen Partei identifizierte und schliesslich die sich vergrössernde Distanz zwischen Regierung und Gesellschaft. Die kategorische Antwort der Gewerkschaften entsprach dem Hochmut und der Arroganz, mit der sie seit 1982 seitens der Regierung behandelt worden waren, und eine Aktion die zunächst strikte arbeitsrechtliche Forderungen zur alleinigen Grundlage hatte, wurde schliesslich zu einer Massendemonstration, in der die Gesellschaft unter Führung der Gewerkschaften der Regierung einen moralischen Verweis erteilte (Santos Juliá).

Der 14. Dezember stellte insofern eine Krise der repräsentativen Demokratie dar, als sich das Delegationsprinzip, das bisher die Volksmehrheit mit der Exekutive verbunden hatte, auflöste, und sich die soziale Mehrheit von der parlamentarischen Mehrheit trennte (im Sinne Fraenkels also der empirische von dem hypothetischen Volkswillen). Diese Entzweiung zwischen der bis zu diesem Moment als links bezeichneten politischen Kraft und den Arbeitergewerkschaften konnte schwerlich vollständiger sein. Die gesellschaftliche Linke fühlte sich von ihren parlamentarischen Repräsentanten verraten. Die Tatsache, dass Izquierda Unida (die kommunistische Vereinte Linke) damals eine unbedeutende politische Kraft darstellte und dass zahlreiche und gewichtige Unternehmer und Bankiers sich im Geschäftsalltag und auch in den Wahlen für den PSOE aussprachen, obwohl sie offensichtlich konservativ waren, machte die Lage nicht besser. Kurz gesagt, die Beziehung zwischen den sozialen Schichten und Interessen und den politischen Parteien war aus den Fugen: die wirtschaftliche Rechte vertraute seit 1982 darauf, ihre Probleme in den Ministerien zu lösen, während die Linke am 14. Dezember ihre Hoffnung auf den Druck der Strasse setzte; worauf beide gemeinsam verzichteten, war, ihre Forderungen und Wünsche durch die Mittlerrolle der Parteien erfüllen zu lassen (Campo). Der Konsens zwischen Gesellschaft und Regierung war gebrochen, die Repräsentationssysteme funktionierten nicht mehr richtig, die demokratische Politik verlor ihre Legitimität und es zeigte sich, dass sich die Verhandlungen als ordentliche

Vermittlungsinstrumente der bürgerlichen Gesellschaft nicht durchsetzen konnten (Cebrián).

In diesem Konflikt verbirgt sich also ein Bruch der traditionellen Beziehung zwischen Gewerkschaft und Linksparteien. Mit dem 14. Dezember ist in Spanien der historische Zeitraum ihrer Bruderschaft im Schosse der Arbeiterbewegung abgeschlossen. Dieses Ende ist als Ergebnis des Wandels unserer gesellschaftlichen Strukturen, der sozialen Klassen und ihrer Beziehungen zu verstehen. Die regierungsfähigen Linksparteien sind keine Klassenparteien mehr und werden es auch weiterhin nicht sein. Die Inexistenz einer politischen Alternative verurteilt den PSOE praktisch dazu die Staatsführung allein zu tragen, die Repräsentation sehr heterogener gesellschaftlicher Sektoren zu übernehmen und Entscheidungen zu fällen, die schwerlich von der breiten sozialen Basis gutgeheissen werden können. Die Gewerkschaften dagegen sehen sich vor einem technologischen Wandel, der die Produktionsprozesse verändert, und in Folge davon die Beschäftigungsstruktur; es wird immer schwieriger, Lohnabhängige zu vertreten, die keinen homogenen Block bilden und verschiedene politische und wirtschaftliche Interessen haben. Die technologische Erneuerung, die Notwendigkeit neue Formen von Arbeitsverträgen zu finden, die unausweichliche Rationalisierung der öffentlichen Verwaltung und die Internationalisierung des freien Marktes bringen die Gewerkschaften in eine kritische Situation (Solé Tura).

Ich fasse zusammen: der 14. Dezember stellte die von der Regierung eingeschlagene Wirtschaftspolitik und die traditionelle Beziehung zwischen PSOE und UGT in Frage, und rückte folgende ungelöste Probleme ins Bewusstsein:

- der Standort der Gewerkschaften in der Gesellschaft
- die Bindung zwischen Gewerkschaften und Parteien
- die Macht der Gewerkschaften als Arbeiterorganisationen und ihre Strategie gegenüber der Regierung
- die Auszehrung des Systems industrieller Beziehungen, das 1977 durch die Konzertation mit den Pactos de la Moncloa (Verträgen von Moncloa) begonnen hatte
- die Notwendigkeit einer Revision des ideologischen Verständnisses eines Markt-Sozialismus, der zwar offen sein, aber gleichzeitig den Konflikt zwischen Unterstützung privater Investitionen und der Finanzierung sozialpolitischer Umverteilung in zufriedenstellender Weise lösen muss.

Es wird niemand wundern, dass sich die UGT auf ihrem XXXV. Kongress (Abril 1990) zugunsten einer Abgrenzung

zwischen gewerkschaftlichen und Partei Funktionen und Verantwortungen ausgesprochen hat. Obwohl sie die Funktion, die den Parteien zukommt, anerkennt und ihre gewerkschaftliche sozialistische Gesinnung erneut bekennt, lehnt sie doch jegliche Form von Unterordnung unter die Partei ab und betont die gewerkschaftliche Autonomie und das Unitätsprinzip in der Aktion ("pluralismo unitario") mit CC.OO. (Redondo).

### 3. Gewerkschaften, Staat und Gesellschaft Auf dem Wege zu einem funktionsbestimmtem Verhältnis zwischen Parteien und Gewerkschaften

Wie wir sehen, vollzog sich in Spanien ein merklicher Wandel in den organischen Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften, den unabdingbaren Partnern eines sozialistischen Projekts zur Umwandlung der Gesellschaft. Nun hat es solche Krisen auch in der Bundesrepublik gegeben. Aber bei uns lagen und liegen weiterhin die Verhältnisse anders als es z.B. in Deutschland während der sogenannten Krise der real befestigten Gewerkschaft (G. Briefs) der Fall ist.

Bei allen Unterschieden in den Gegebenheiten beginnt man, sich auch bei uns die Frage zu stellen, welches Schicksal den Gewerkschaften in Zukunft bestimmt sein wird. Aus verschiedenen Gründen sind unsere Gewerkschaften in ihrer traditionellen Stellung und Strategie starken Spannungen ausgesetzt, und zwar

erstens, durch die sich beschleunigenden technologischen und arbeitsorganisatorischen Umstrukturierungen (Postfordismus oder Posttaylorismus);

zweitens, durch den Wandel der Einstellungen und Werthaltungen der Arbeitnehmer;

drittens, durch die ausserordentliche Bedeutung die die gewerkschaftliche Aktion bei der Ausübung der Grundrechte und öffentlichen Freiheiten innehat.

Zum ersten Punkt: Die Organisation der Arbeit in den Unternehmen steht heute im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Aktion. Darum ist es in strategischer Hinsicht ausserordentlich wichtig, dass die Gewerkschaft die notwendige technologische Umstrukturierung berücksichtigt und sich darauf einstellt. Die erhöhte Produktivität, die sich dank den neuen Technologien und der Rationalisierung der Arbeit gibt, sollte unter der Kontrolle der Arbeitnehmer stehen, und zwar sowohl in den Unternehmen selbst, als auch

in internationaler Hinsicht. Dabei ist es nicht damit getan, dass die Arbeitnehmer die Investitionen und den technologischen Wandel mitbestimmen, man müsste darüber hinaus dem technologischen Oligopol (so z.B. COCOM) ein Ende setzen und der damit verbundenen Perpetuierung der Ungleichheit, die durch die Patentkontrolle der Industrie-Grossmächte hervorgerufen wird. Die Gewerkschaften sollten eine neue Arbeitsorganisation erkämpfen, in der der Mensch und die menschlichen Bedürfnisse wieder zum Massstab werden (Lafontain). Auf der anderen Seite müsste man eine ausgewogene Verteilung der wirtschaftlichen und sozialen Kosten und des Gewinns der neuen Technologien aushandeln. Dies würde für die Gewerkschaften die Notwendigkeit mit sich bringen, die je nach unterschiedlichen Voraussetzungen und dem Stand der technologischen Entwicklung differierenden Strategien zu synchronisieren. Die Frage ist, ob die Gewerkschaften im Verlauf der technologischen Umstrukturierungen, die die Produktionsprozesse, die Beschäftigungsstruktur und den Arbeitsmarkt in Richtung auf eine zunehmende Fragmentierung verändern, nicht etwa dem korporativen Druck weichen (unter korporativ verstehen wir in Spanien den Ausdruck reiner partikulärer Interessen einzelner Berufsgruppen).

Zum zweiten Punkt. Der Wandel in den Einstellungen und Werthaltungen der Arbeitnehmer führt dazu, die bis jetzt existierenden Formen kollektiver Organisation und Interessenvertretung zu unterhöhlen und den Tarifverhandlungen ihre Grundlage zu entziehen. Der neue Individualismus schliesst ein solidarisches Verhalten nicht aus, aber dieses kann nicht von der Gewerkschaftsführung verlangt oder verordnet werden. Die Herausforderung, die durch die wachsende Differenzierung der Produktionsstruktur und die Entwicklung einer individualistischen Interessenlage für die Gewerkschaften entstanden ist, besteht darin, die Solidarität ungeachtet der wachsenden Fragmentierung im Arbeitsleben und in der Gesellschaft zu pflegen. Welche Form soll man den Tarifabkommen für 1992 geben, so dass sie auf der einen Seite die allen Arbeitnehmern gemeinsamen Interessen garantieren -- und auf der anderen die differenzierten Arbeitsverhältnisse und die unterschiedlichen Interessen von Gruppen und einzelnen in Rechnung ziehen? Wie soll man sich eine Reform der Sozialversicherung vorstellen, bei der allen gemeinsam eine Daseinsfürsorge zugesichert wird und doch auch für individuelle höhere Ansprüche Raum bleibt, ohne dass diese Situation zu einem neuen Gefälle zwischen arm und reich bei Renten und Krankenversicherung führt?

Wenn die Gewerkschaften vermeiden wollen, dass die Verkürzung der Arbeitszeit und die wachsende Wertvertaus-

chung zwischen Arbeit und Freizeit den Handlungsspielraum der Gewerkschaften beeinträchtigen, müssen sie ständig neue Dienstleistungen jenseits der Arbeitssphäre anbieten.

Zu Punkt 3. Soweit die gewerkschaftliche Aktion zu der Ausübung der Grundrechte und der öffentlichen Freiheiten beiträgt, kann sie zu einer Erneuerung des täglichen Kampfes der Bürger um die demokratische Partizipation führen. Die Wiedergeburt eines kritischen Bewusstseins hängt möglicherweise mit einer Stärkung der sozialen Bewegungen zusammen. Letztere sind unbedingt nötig, damit sich eine Demokratie nicht in der trügerischen Windstille ohne ein anderes Selbstbewusstsein als das an der eigenen Macht orientierte einrichtet. Bei notwendiger Intensivierung der gewerkschaftlichen Aktion geht es nicht nur um die Beziehung zwischen Lohn und Inflation sondern auch um das Verständnis von Macht und Wandel und schliesslich um die Frage, ob sich die spanische Gesellschaft als soziales Unternehmen verschwindet oder ob es ihr gelingt, den Kreis der konsumorientierten und enthirnten Gesellschaften zu überwinden (Vázquez Montalbán).

Das Schicksal der spanischen Gewerkschaften wird also sehr davon abhängen, ob sie in diesem Augenblick ihr rechtliches und moralisches Mandat sozialer Repräsentation verlieren, oder ob sie es erneuern können. Es steht ausser Zweifel, dass der Kapitalismus daran interessiert ist, dass die Gewerkschaften ihre Funktion auf die blosse Vertretung partikulärer und wechselnder Interessen der Arbeitnehmer und auf Dienstleistungen reduzieren. In einer solchen Rolle haben die Gewerkschaften nichts zu gewinnen, sondern sind dem Korporativismus und der Instrumentalisierung ausgeliefert. In dieser Situation setzt der Sozialismus als Projekt gerade die tragende Säule, die die grösste transformierende Kraft besitzt, aufs Spiel. Und das umsomehr, als es von den Gewerkschaften abhängt zu definieren, was heutzutage ein Sozialismus-Projekt darstellt, nämlich etwas qualitativ Neues, das sich von der Dekade der achtziger Jahre insofern unterscheidet, als es sich damals um reine Einsparungspolitik, um blosse Verwaltung der Krise ohne soziale Kompensationen gehandelt hat. Selbst wenn es heute eine Sozialpolitik gäbe, wäre sie nur technokratischer Natur, wenn die Umverteilung von sozialen Gütern nicht mit den Gewerkschaften ausgehandelt wird. Ohne konzertierte Aktion stellt das fortschrittlichste Programm nur eine künstliche Konstruktion dar, die nicht in der Gesellschaft verwurzelt ist und deshalb keine Zukunft hat.



Die Konflikte, die es seit 1987 zwischen der sozialistischen Regierung und den Gewerkschaften gibt, haben bei manchen zu der Meinung geführt, dass der Sozialismus in Zukunft auf die Gewerkschaften verzichten kann. In Regierungskreisen hört man die Äusserung, dass die Mission der Gewerkschaften mit der historischen Phase, die 1988 mit dem Generalstreik ihren Abschluss fand, beendet ist, da sie sich nicht als fähig erwiesen haben, die Interessen der gesamten Arbeiterschaft zu vertreten. Folglich sollten die fortschrittlichen Parteien die Gewerkschaften ihrem Schicksal überlassen, da sie sich in Zukunft als blosser Interessengruppen nicht allzusehr von Berufsverbänden und anderen Vereinigungen unterscheiden würden. Man argumentiert, dass die Aufgabe, die Arbeitnehmer solidarisch zu vereinen, von jetzt an einzig und allein den Parteien zustände und die kooperative Vermittlung der Gewerkschaften überflüssig wäre. In einem solchen Szenario würde der Sozialismus seine historischen Ziele gegenüber einer Masse von Individuen verlieren, deren Sinn auf den grösstmöglichen eigenen Profit gerichtet ist. Diese imaginäre Gesellschaft wäre nach Einkommensunterschieden je nach Anstrengung und Verdienst streng gestaffelt, allerdings mit dem Vorteil, dass Privilegien nur mit einer solchen Rechtfertigung existieren würden. Aber um diesen Verdienst-Sozialismus zu erreichen, müsste man zunächst das Scheitern der historischen Arbeiterbewegung voll anerkennen und die klassische Vorstellung von einer natürlichen Übereinstimmung zwischen Arbeiterorganisationen und sozialistischem Projekt aufgeben.

Diese These lässt ausser acht, dass die Arbeiter und ihre Gewerkschaften im Mittelpunkt des "Sozialismus-Projekts" stehen, weil es ohne sie nicht möglich ist, eine Politik der Solidarität durchzuführen. Oder umgekehrt: ohne die Unterstützung der Arbeiter kann es keine echte sozialistische Politik geben.

Das Problem spitzt sich zu, wenn nicht garantiert werden kann, dass der Arbeitnehmer eine Einsparungspolitik unterstützt, die -- wenn sie auch mit schönen Zukunftsversprechungen geschmückt ist -- doch kurzfristig beträchtliche Opfer für ihn bedeutet. Im besten Fall kommen Linksparteien und Gewerkschaften zu einem hohen Mass an ideologischem Bewusstsein und schaffen es gemeinsam, ein Gleichgewicht zwischen den Zukunftsperspektiven und zeitweisen Einschränkungen zu finden. Aber wenn die sozialdemokratischen Regierungen ihre soziale Sensibilität verlieren oder dem Druck des Grosskapitalismus weichen, und die Gewerkschaften ihrerseits nur auf unmittelbare Erfolge aus sind, oder ihre Aktion von korporativen Machenschaften

durchdringen lassen, dann muss das sozialistische Projekt scheitern.

Der soziale Fortschritt hängt von der Pflege der politischen und gewerkschaftlichen Solidarität ab. Viele von uns sind der Meinung, dass ein demokratischer Sozialismus und eine Sozialpolitik nicht möglich sind, ohne dass die Gewerkschaften ihre Funktion als 'countervailing power' zu der ungeheuren Kraft des triumphierenden Kapitalismus der Jahrtausendwende ausüben. Voraussetzung dafür ist, dass die Gewerkschaften auf der Höhe der Zeit stehen, indem sie gleichzeitig solidarisch die ganze Arbeiterschaft vertreten, und sich den verschiedenen Positionen und Wünschen von persönlicher Realisierung öffnen. Die Alternative würde bedeuten, den Schatz an gemeinsamer Anstrengung, erneuernder Phantasie, an historischem Gedächtnis, Traditionen, Symbolen und Organisations-Erfahrung von anderthalb Jahrhunderten über Bord zu werfen und dem Prinzip der Solidarität einen schweren Rückschlag zuzufügen.

Um der Lage gerecht zu werden, müssen sich die linken Parteien ideologisch neu aufrüsten und ihre soziale Sensibilität wiedergewinnen, und wenn sie -- wie jetzt in Spanien -- die Regierungsverantwortung tragen, setzt dies eine klare Vorstellung einer Gesellschaft voraus, die auf dem Gleichgewicht zwischen freiem Markt und ausgleichender Handlung des Staates, zwischen Privatinitiative und kollektiven Rechten, zwischen Unternehmen und Gewerkschaften gegründet ist.

Was die Beziehung zwischen Partei und Gewerkschaft anbetrifft, gibt es in Spanien keine Gewissheit darüber, ob die Konzertation zwischen dem PSOE und der UGT eine linke Regierungspolitik garantiert hätte. Andererseits ist es klar, dass es keiner Partei -- selbst nicht dem PSOE -- möglich wäre, eine Politik des Fortschritts und der Solidarität durchzuführen, ohne auf die Gewerkschaft als Korrektiv auf dem Markt und bei sozialen Umwandlungsprozessen zu zählen. Und umgekehrt ist auch eine gewerkschaftliche Aktion zugunsten der Schwachen ohne politisch-sozialistischen Bezug nicht vorstellbar. Das sind die objektiven Grenzen des Pragmatismus, der Taktiken, Manöver und wohl kalkulierten Mehrdeutigkeiten, die bei uns so verbreitet sind. Eine sozialistische Partei ohne enge Verbindung zur Arbeitswelt wird immer zu einer reinen Wahlmaschine im Dienste der jeweiligen politischen Mehrheiten verkommen, wird nur populistischen Gesten dienen, und schliesslich unter die Lehnsherrschaft der grossen wirtschaftlichen Interessen geraten. Die sozialen Impulse werden keine politische Umset-

zung finden, und die repräsentative Demokratie wird nurmehr eine leere Hülse darstellen. Die Gewerkschaften ihrerseits werden ohne ideologischen Bezug den korporativen Interessen zur Beute fallen (italienische COBAS, Konflikt bei IBERIA und der Metro Madrid).

Partei und Gewerkschaft sind also unbedingt aufeinander angewiesen, und ihr Verhältnis zueinander sollte ein partnerschaftliches sein. Trotzdem würde ich aber sagen, dass es die Partei ist, von der die Initiative zu einem globalen Sozialismus-Entwurf auszugehen hat. Sowohl die Gewerkschaft wie die historischen Linksparteien sind im Moment relativ wehrlos, wenn technisch gut ausgearbeitete Programme und der beste politische Wille durch zeitgeschichtliche Ereignisse und Umstände nicht verwirklicht werden können. Aber abgesehen von diesen Sachzwängen habe ich den Eindruck, dass die Programme bis heute nicht in ausreichender Weise berücksichtigt haben, dass es keine Einsparungspolitik ohne soziale Umverteilung geben darf und dass die sozialen und physischen Wachstumsgrenzen berücksichtigt werden müssen, wenn man Produktion und Konkurrenzfähigkeit programmiert. Schliesslich darf man nicht ausser acht lassen, dass Wachstum und Rezession nicht gradlinig sondern in Zyklen verlaufen. Unser Risiko ist nicht so sehr die Zersplitterung oder der Konflikt in der "sozialistischen Familie" als die Richtungslosigkeit und das Scheitern des "Sozialismus-Projekts" an sich. Und die Aufgabe, die vor uns steht, ist keine andere, als ein neues Verständnis des Sozialismus zu formulieren, nachdem wir die Revolution, die Reformen der Labourregierungen (1945-1951) und der Regierung Mauroy (1981-1982) und schliesslich auch das gemässigte Langzeitprogramm der SPD unter Brandt (1973) historisch hinter uns gelassen haben.

Was die Beziehung zwischen Gewerkschaften, Staat und Unternehmen betrifft, fordern UGT und CC.OO. seit 1987 dass die Konzertation -- institutionell begriffen als Teilnahme am Entscheidungsprozess, Informationsrecht und Mitspracherecht -- gefestigt wird: die Arbeitnehmer sollen bei den Entscheidungen in den Firmen mitwirken, die Gewerkschaften sollen in der Sozialversicherung vertreten sein, sowie in den führenden Gremien der Berufsausbildung, der Arbeitslosenfürsorge, des Gesundheitswesens, usw. und schliesslich sollen die Gewerkschaften einem Wirtschafts- und Sozialrat als feste Mitglieder angehören. Dieses Projekt entspricht dem Motto "mehr institutionelle Macht zur Verteidigung der Arbeiter". Ich möchte auf keinen Fall die gute Absicht der Gewerkschaften ins Zweifel ziehen. Aber bei diesem Vorhaben gerät die Gewerkschaftsautonomie in Gefahr und

damit eins der Güter, das wir nach den Erfahrungen mit dem faschistischen korporativen Staat besonders berücksichtigen müssen. Ausserdem wetteifern -- zwölf Jahre nachdem die Verfassung in Kraft getreten ist -- Parteien und Gewerkschaften in der Oligarchisierung ihrer Entscheidungsprozesse (der sog. demokratische Zentralismus genießt bei uns Hochkonjunktur!). Die Syndikalisierung der öffentlichen Dienstleistungen (Gesundheits-, Bildungs-, Verkehrs-, Fernmeldewesen) hat zwar zu einer Erweiterung der Planstellen geführt, aber auch die bekannten Folgeerscheinungen von Nepotismus, Korporativismus, Abwertung der beruflichen Kompetenz, Ineffizienz, Verlust des Pflichtbewusstseins und der Achtung vor den allgemeinen Interessen der Bürger zutage gefördert.

Verstehen Sie mich nicht falsch: diese Untugenden sind in anderen sozialen Schichten nicht etwa weniger verbreitet; aber in ihrer individuellen Ausübung haben sie keine so unterhöhrende Wirkung wie in Form von gewerkschaftlicher Herrschaftsentfaltung der Mittelmässigkeit. Nach dieser persönlichen Erfahrung ist es nicht verwunderlich, dass ich einerseits entschieden dafür eintrete, dass die Gewerkschaften bei den Entscheidungen über wichtige Themen als legitime Verhandlungspartner herangezogen werden, andererseits aber dagegen bin, dass sie in den Verwaltungsprozess eingeschaltet werden und einen festen Platz in dem ökonomischen und sozialen Rat einnehmen. Es ist kein Zufall, dass sich das Parlament die Beziehung zwischen Gesetz und Tarifverträgen als Rechtsquellen täglich neu stellen muss, da die Gewerkschaften nicht imstande sein können, ihre Mitglieder gegen die Versuchung des Partikularismus und der Privatisierung von allgemeinen Gütern und Interessen kraft Vertrag immun zu machen.

Ich glaube, dass das System einer Prioritätenliste (PSP), das 1990 zweifellos zu einem Erfolg geführt hat, und das am 20. Oktober als Gewerkschafts-Initiative des Fortschritts (ISP) erneut aufgestellt wurde, als Modell der Konzertation für die neue, noch offene Phase in wichtigen Punkten am besten geeignet ist: es hält Verhandlungsziele und Verhandlungspartner auseinander; es ist flexibel; und schliesslich stärkt es die gewerkschaftliche Autonomie als wichtigste Voraussetzung für die vielfältigen Möglichkeiten menschlicher Realisierung, die der demokratische Sozialismus anstrebt.